Bern, 25. April 2018

**Muster-Resolution: Verurteilt die Entführung von Gewerkschaftern und Jugendaktivisten durch den pakistanischen Staat**

Sieben Studentenführer und Gewerkschafter wurden am Sonntag, 22. April 2018 durch die Armee und Sicherheitskräfte Pakistans entführt. Diese Studentenführer reisten mit dem Zug von Karatschi nach Lahore, zusammen mit weiteren Studierenden und ArbeiterInnen. Sie hatten kürzlich an einer Solidaritätsveranstaltung in Karatschi teilgenommen um ihre Unterstützung für die unterdrückten Paschtunen zu zeigen und die Brutalität des Staates in den nördlichen Regionen Pakistans anzuprangern. Die verschwundenen Individuen sind:

* Attaullah Afridi (Studierenden- und Jugendorganisator);
* Umer Riaz (Studierenden- und Jugendorganisator);
* Zain ul Abideen (Studierenden- und Jugendorganisator);
* Karim Parhar (Gewerkschafter);
* Aftab Ashraf (Gewerkschafter);
* Muhammad Gulbaz (Gewerkschafter);
* Bilawal Baloch (Studierenden- und Jugendorganisator).

Während vielen Jahren wurden die ArbeiterInnen und die Jugend in der Paschtun-Region im Namen der Sicherheit misshandelt. Die Bevölkerung in den Paschtun-Gebieten leben mit der Bedrohung der Armee, militärischen Drohnen und islamistischen Fundamentalisten. Anfangs dieses Jahres wurde die „Bewegung zum Schutz der Paschtunen“ (Pashtun Tahafuz Movement PTM) initiiert, nachdem ein paschtunischer Jugendlicher Naqeeb Ullah Mehsud am 13. Januar 2018 in Karatschi durch einen berüchtigten Polizisten, Rao Anwwar, ermordet wurde. Naqeeb Ullah Mehsud gehörte dem Mehsud-Stamm aus Nord-Wasiristan an und war Ladenbesitzer in Karatschi, als er unter mysteriösen Umständen entführt und ermordet wurde. Rao Anwar ist berüchtigt für Landraub und die Anwendung von Drohungen und Gewalt zur Lösung persönlicher Konflikte. Gemäss Berichten hat er zwischen 2011 und 2018 mindestens 400 Menschen Ermordet, aber keine einzige Untersuchung gegen ihn wurde eingeleitet. Ein Student, Mashaal Kahn, wurde in den Paschtun-Gebieten von einem Lynchmob ermordet, welcher von staatlich unterstützten islamistischen Fundamentalisten angeführt wurde. Mashaal Kahn hatte eine Kampagne gegen hohe Studiengebühren, hohe Mieten und die Korruption des Vize-Kanzlers der Universität gestartet.

Alle PTM-Kundgebungen waren bis jetzt komplett friedlich, mit RednerInnen, die ihre Beschwerden schildern und Gerechtigkeit durch legale Kanäle verlangen. Die Staatsinstitutionen und Geheimdienste jedoch nehmen diese Leute, inklusive Studierende und ArbeiterInnen, die sich solidarisch erklärt haben, ins Visier. Vor diesem Hintergrund wurde am 22. April 2018 in Karatschi eine Kundgebung abgehalten. Verschiedene Gewerkschafter und Studentenführer hielten Ansprachen während der Kundgebung. Als diese ArbeiterInnen nach Hause gehen wollten, fingen staatliche Sicherheitsdienste und die Armee ihre Züge und Busse ab, und brachte sie zu einem Unbekannten Ort ohne Vorlage von Haftbefehlen. Niemand wurde bis jetzt über ihren Verbleib informiert und es wurde keine Anglage gegen sie erhoben. Dies ist die übliche Praxis der Polizei und der Armee in Pakistan. Die PTM ist eine riesige Bewegung der massen, die gegen genau diese Ungerechtigkeiten ausgebrochen ist.

Diese **ORGANISATION** glaubt, dass die Bevölkerung Pakistans, und insbesondere die paschtunische Bevölkerung das volle Recht hat, ihre Sorgen frei auszurücken, Kundgebungen abzuhalten und ihre Beschwerden im ganzen Land friedlich vorzubringen. Illegale Entführungen von Studierenden durch die Staatsgewalt müssen sofort gestoppt werden. Die Studierenden und ArbeiterInnen der (Deutschland/ Österreich/ Schweiz) wollen ein Pakistan frei von islamistischem Fundamentalismus, Ausbeutung von Arbeitenden und Unterdrückung von Minderheiten.

**Diese Gewerkschaft/Studierendengewerkschaft/-Verein etc.:**

* fordern den Premierminister von Pakistan, Shahid K. Abbasi, den Innenminister Ahsan Iqbal und die deutsche/ österreichische / Schweizer Botschaft auf, die sofortige Freilassung von Karim, Aftab, Gulbaz, Attaullah, Umer, Zain und Baloch aus dem Gewahrsam der Armee und der Sicherheitskräfte zu bewirken.
* fordert die pakistanische Regierung auf, ArbeiterInnen und GewerkschafterInnen zu unterdrücken.
* erklärt vollständige Solidarität mit den kämpfenden ArbeiterInnen und GewerkschafterInnen in Pakistan, indem sie die Pakistan Trade Union Solidarity Kampagne unterstützt.